

Eine Tauschbörse für Lüneburg?

Am Rande des Stadtfestes diskutieren Politiker über Ideen, um den Problemen rund ums Wohnen zu begegnen

VON ANNA PAARMANN

Lüneburg. Wer kann was tun, um die Wohnungskrise zu entschärfen? Es ist eine der Fragen, die die Bürgerrecherche „Wem gehört Lüneburg?“ angestoßen hat. Denn, da dürften sich wohl alle Lüneburger einig sein: Die Stadt, die aktuell 77.536 Menschen ein Zuhause bietet, soll lebenswert bleiben. Angesichts der seit Jahren steigenden Miet- und Immobilienpreise ist das aber gar nicht so leicht. Für viele ist Wohnen längst zu einer Existenzfrage geworden. Doch wie beurteilt die Politik die aktuelle Situation auf dem Lüneburger Wohnungsmarkt? Um das zu erfahren, hat die Landeszeitung am Sonnabend die sechs Stadtratsfraktionen auf ihren Innenhof eingeladen, nicht kommen konnte die AfD. Was als Streitgespräch geplant war, entwickelte sich schnell zu einem konstruktiven Miteinander.

Lüneburg ist attraktiv – Fluch oder Segen?

Gleich zu Beginn wollte Chefredakteur Marc Rath von den Politikern wissen, ob sie die Attraktivität Lüneburgs, die maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass die Bevölkerungszahl seit 1987 kontinuierlich ansteigt, als Fluch oder Segen empfinden. Rainer Mencke von der CDU plädierte für letzteres: „Es zeigt, dass wir in der Entwicklung vieles richtig gemacht haben.“ Gleichwohl sieht er die Grenzen, die Oberbürgermeister Ulrich Mädge im LZ-Interview umrissen hat, „absolut genauso. Wir müssen uns mit dem Landkreis auseinandersetzen. Wir können die verbleibenden Flächen hier nicht bebauen, sonst verliert die Stadt ihr Flair.“

Klaus-Dieter Salewski (SPD): „Wir haben darüber im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm intensiv diskutiert. Die Flächenproblematik ist nichts Neues.“ Überrascht zeigte er sich aber darüber, dass Mädge mit der Aussage, dass die Stadt „höchstens“ bis 85.000 Einwoh-



Wohnen ist ein Thema, das polarisiert. Dass trotz der angespannten Lage in Lüneburg aber durchaus konstruktive Gespräche möglich sind, haben die Vertreter des Stadtrats und die Zuhörer am Wochenende bewiesen. Foto: t&w

ner wachsen kann, eine konkrete Zahl genannt hat. Dass es keine Option sei, Mauern hochzuziehen, machte Karlheinz Fahrenwaldt (Die Linke) deutlich. Seine Kritik: In der Vergangenheit seien zu viele Luxuswohnungen gebaut worden. „Ins Hanseviertel kann jemand mit einem normalen Einkommen nicht ziehen. Im Ilmenaugarten ist es noch teuer.“

Ulrich Blanck von den Grünen nannte die derzeitige Situation eine Herausforderung. „Das Attraktive ist etwas, das es zu bewahren gilt. Dazu gehören Freiräume, Stadtklima und eine entsprechende Infrastruktur.“ Auch er sei kein Freund davon, eine konkrete Zahl in den Raum zu stellen. Schließlich sei das geplante Stadtentwicklungskonzept dazu da, zu entscheiden, wie

„Wir können die verbleibenden Flächen hier nicht bebauen, sonst verliert die Stadt ihr Flair.“

Rainer Mencke
CDU-Politiker

sich die Stadt entwickeln soll und zu diskutieren, „was wir mit den bestehenden Gebäuden machen“. Dem Gesagten schloss sich Birte Schellmann von der FDP an, auch sie fordert, dass Klima und Grünflächen „unbedingt erhalten“ werden. „Wenn man sich erweitern will, gibt es durchaus noch Bereiche, wo man verdichten kann.“

Die Runde, die knapp zwei Stunden dauerte, deckte viele Themen ab: So kam der Wohnungsleerstand in einigen Regionen im Landkreis zur Sprache, die Politiker kritisierten die „Hinterzimmervergaben“, die es ihrer Ansicht nach ermöglichen, dass sich bei der Entwicklung von Projekten die immer gleichen Investoren mit ihren Konzepten durchsetzen. Ebenso wurde der Wunsch geäußert,

eine gemeinsame Wohnungsbau-Gesellschaft für Stadt und Kreis ins Leben zu rufen. Eine Zeit lang befasste man sich auch mit dem Vorschlag, die Gesetze zum Vorkaufsrecht so zu überarbeiten, dass es für die Stadt leichter ist, sich Flächen zu sichern und günstigen Wohnraum zu schaffen.

Jamaika-Gruppe offen für Tausch-Plattform

Ob nicht eine kommunale Wohnungstauschbörse helfen könnte, die vielfältigen Probleme zu lösen, schlug Marc Rath vor. So fällt im Rahmen des Projekts „Wem gehört Lüneburg?“ immer wieder auf, dass es etwa für Familien sehr schwer ist, eine Wohnung in geeigneter Größe zu finden.

Gleichzeitig kommt das Team regelmäßig mit Senioren in Kontakt, die davon berichten, wie schwer es sei, im Alter ein Haus samt großem Grundstück in Schuss zu halten.

Die Idee einer Tausch-Plattform kam schließlich bei allen Politikern gut an. „Eine solche Börse ist sinnvoll, das werden wir innerhalb von der Jamaika-Gruppe nochmal ernsthaft diskutieren“, sagte Mencke. Er ließ auch noch einen Appell los: „Wir haben bei den Mehrheiten zum Bauen immer viel gerungen. Ich wünsche mir einen aktiveren Austausch.“

ANLEITUNG

Zusammen recherchieren: So geht's

Wem gehört Lüneburg?

Auf unserer Plattform www.wemgehörtlueneburg.de können Sie der LZ-Redaktion mitteilen, ob Sie selbst in Ihrer Immobilie wohnen, ob Sie diese vermieten oder ob Sie zur Miete leben. Dann wüssten wir gern, wem die Wohnung oder das Haus gehört. Damit wir Ihre Angaben auch überprüfen können,

ist es wichtig, dass Sie einen Beleg hochladen. Das kann zum Beispiel ein Grundbucheintrag sein, genauso aber auch eine Kopie oder ein Scan Ihres Mietvertrags. Wir hoffen auch, dass Sie uns Ihre Geschichte erzählen, sowohl positive als auch negative Erlebnisse mit uns teilen. Nur mit Ihrer Hilfe und den

WEM GEHÖRT
LÜNEBURG?

gewonnenen Daten sind wir in der Lage, ein neues Bild der Stadt zusammenzusetzen und zu recherchieren, wo sich Missstände zeigen. Dies ist eine Kooperation der Landeszeitung mit dem gemeinnützigen Recherchezentrum Correctiv. Mehr Informationen auf www.correctiv.org.